

Postnormale Wissenschaft: Klimawissenschaft und „Erneuerbare“ um die Welt zu ändern!

Vortrag über die Postnormale Wissenschaft und ihre Anwender, Unterstützer und Nutznießer gehalten von Prof. Werner Kirstein am 4.12.10 in Berlin.

Sehen & hören Sie hier den Vortrag von Prof. Kirstein zur Postnormalen Wissenschaft.

Dazu passend die Pressemitteilung des WBGU

Wir berichteten schon des öfteren über die Pläne die "postnormale" Wissenschaft zu nutzen um die Gesellschaft mit "wissenschaftlicher" Autorität zu ändern, ([hier](#) und [hier](#)) sowie über die wirklichen Absichten dahinter. Die hat z.B. Otmar Edenhofer, ehemaliger Jesuit, jetzt Chefvolkswirt des PIK und stellvertretender Vorsitzender des IPCC in einem NZZ [\[2\]](#) (Neue Zürcher Zeitung) [Interview ganz deutlich](#) erklärt. Er enthüllte darin, was von seiten der UNO und der sie unterstützenden Kreise eigentlich

angestrebt wird:

„Zunächst mal haben wir Industrieländer die Atmosphäre der Weltgemeinschaft quasi enteignet. Aber man muss klar sagen: Wir verteilen durch die Klimapolitik de facto das Weltvermögen um. Dass die Besitzer von Kohle und Öl davon nicht begeistert sind, liegt auf der Hand. Man muss sich von der Illusion freimachen, dass internationale Klimapolitik Umweltpolitik ist. Das hat mit Umweltpolitik, mit Problemen wie Waldsterben oder Ozonloch, fast nichts mehr zu tun.“

Passend dazu erscheint demnächst ein neues "Gutachten" des wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung für globale Umweltveränderungen (wbgu). In einer P

R E S S E E R K L Ä R U N G zum

EU-Energiegipfel am 4. Februar

erklärt dieser:

**Energiewende in der Europäischen
UNION vorantreiben Berlin, den
2. Februar 2011.**

**Anlässlich des am 4. Februar in
Brüssel stattfindenden EU-Gipfels
über die zukünftige europäische
Energiestrategie plädiert der
Wissenschaftliche Beirat der
Bundesregierung Globale
Umweltveränderungen (WBGU) für
eine beschleunigte Harmonisierung
der Energiepolitiken in den EU-
Staaten. Ziel sollte die
Dekarbonisierung der europäischen
Energiesysteme bis Mitte des**

Jahrhunderts sein. Dafür empfiehlt der WBGU die Implementierung einer umfassenden Strategie zur massiven Steigerung der Energieeffizienz, eine konsequente Förderung erneuerbarer Energien sowie den koordinierten, raschen Ausbau der Netzinfrastruktur für Strom und Gas und den Aufbau von Speicherkapazitäten. Für diese Elemente sollten jeweils ambitionierte mittelfristige Ziele vereinbart werden. Damit würden Klimaschutz und Energiesicherheit gleichermaßen gefördert. Die heute noch kontrovers diskutierte gemeinsame Energiepolitik könnte in den kommenden Dekaden zu dem zentralen europäischen Leuchtturmprojekt werden. Förderung erneuerbarer Energien schrittweise harmonisieren Eine EU-weit einheitliche,

ambitionierte Einspeisevergütung würde den Aufbau einer klimaverträglichen europäischen Energieerzeugung beschleunigen und wäre der kostengünstigste Weg für ein dekarbonisiertes Energiesystem mit möglichst hohen Anteilen erneuerbarer Energien. Sie ist allerdings frühestens binnen einer Dekade sinnvoll, weil zuvor die notwendige Netzinfrastruktur geschaffen werden muss. Bisher existieren Einspeisevergütungen bzw. -prämien in 21 Mitgliedstaaten der EU. Die Mitgliedstaaten der EU sollten jetzt verbindlich festlegen, dass in den nächsten Jahren in allen Staaten der EU Einspeisevergütungen für erneuerbare Energien eingeführt und existierende Fördersysteme schrittweise angeglichen werden. Dies würde bereits jetzt die Gefahr eines zu starken Ausbaus

an weniger geeigneten Standorten und damit die Kosten senken sowie den Ausbau an Gunststandorten beschleunigen. Die EU sollte ihre kontinentweiten erneuerbaren Energiepotenziale bündeln: Windenergie von der Nord- und Ostsee, Biomasse aus Osteuropa, Sonnenenergie aus Südeuropa und Systemwissen zum Ausbau transeuropäischer Netze aus Deutschland und anderen technologiestarken Ländern. Mittelfristig sollte ein einheitliches Fördersystem eingeführt werden, das Energie- und Kosteneffizienz miteinander verbindet. Netzausbau vorantreiben Der WBGU warnt allerdings vor der Einführung einer sofortigen europaweit einheitlichen Einspeisevergütung. Solange die grenzüberschreitenden Infrastrukturen zum Transport von Strom aus erneuerbaren Quellen

nicht vorhanden sind, droht die Gefahr, dass an Gunststandorten Strom produziert wird, der nicht zum Verbraucher transportiert werden kann. In Regionen mit weniger günstigen Bedingungen würde der Ausbau erneuerbarer Energien gebremst und ein Ausweichen auf weniger nachhaltige Energieformen wahrscheinlich. Zwingende Voraussetzung für eine unionsrechtliche Harmonisierung der Einspeisevergütung ist daher der beschleunigte Ausbau der Netze. Die EU sollte durch den koordinierten Netzausbau die Voraussetzungen dafür schaffen, dass eine nahezu vollständige Versorgung Europas mit erneuerbaren Energien bis Mitte des Jahrhunderts möglich wird. Dafür bedarf es der entsprechenden Gesetzgebungskompetenz der EU.

Die Europäisierung der Einspeisevergütung sollte im Einklang mit dem Netzausbau schrittweise erfolgen. Insbesondere sollte keine Phase der Investitionsunsicherheit entstehen, die den Ausbau der erneuerbaren Energien insgesamt bremsen würde. Unbedingt erhalten bleiben sollten wichtige Elemente aus dem deutschen EEG, wie der Vorrang der Einspeisung für Strom aus erneuerbaren Energieträgern sowie die Fördergarantie für einzelne Anlagen über einen bestimmten Zeitraum. Die Förderhöhe für Neuanlagen sollte dynamisch angepasst werden, so dass die angestrebten Ausbauraten erreicht werden können, aber keine Überförderung an Gunststandorten erfolgt. Nationale industriepolitische Interessen überwinden Angesichts der Herausforderungen des

Klimawandels, einer zunehmenden Abhängigkeit vom Import fossiler Energieträger sowie steigenden Energiepreisen ist die Energiewende in der EU dringend erforderlich. Ziele der Europäisierung der Energiepolitik sollten der optimierte Zubau von erneuerbaren Energien, die Ausschöpfung von Innovationspotenzialen und möglichst kostengünstige Lösungen sein. Eine gemeinsame europäische Energiepolitik hätte zudem eine enorme Symbolwirkung und würde die politische Kraft Europas zum gemeinsamen Handeln in zentralen Zukunftsfeldern unterstreichen, die Wettbewerbsfähigkeit der Union stärken und Ausstrahlungskraft auf die Weltwirtschaft entfalten. Es ist daran zu erinnern, dass die Europäische Union einmal als Europäische Gemeinschaft für

Kohle und Stahl oder Montanunion auf der Grundlage fossiler Energien Gestalt angenommen und politische Identität begründet hat. Heute können energie- und industriepolitische Initiativen im Bereich der erneuerbaren Energien ähnliche Impulse für die Vertiefung der Europäischen Union und ihren Einfluss in Weltwirtschaft und Weltpolitik setzen. Diesen übergeordneten Zielen sind kurzfristige nationale industriepolitische Interessen unterzuordnen. Der WBGU geht davon aus, dass die erneuerbaren Energien wie Solarthermie, Photovoltaik, Wind und Biomasse ab dem Erreichen einer weltweiten Kapazität von etwa 5.000 TWh für jede einzelne dieser Energiequellen auch ohne Förderung wettbewerbsfähig werden, so dass das EU-Fördersystem langfristig

auslaufen kann. Einbezug Nordafrikas prüfen Der WBGU empfiehlt, mittelfristig auch die internationale Kooperation über die Grenzen der Europäischen Union hinaus auszuweiten. Dazu sollten Optionen zur Einbindung Nordafrikas in ein System europäischer Einspeisetarife geprüft werden. Dadurch könnten zusätzliche Potenziale, insbesondere Solar- und Windeenergie, erschlossen und die Energiewende in den Maghreb-Staaten gefördert werden. Voraussetzung für den Einbezug Nordafrikas wäre jedoch ein transkontinentales Hochleistungsnetz, das voraussichtlich nicht vor 2030 realisierbar sein wird. Um auch die 500 Millionen Menschen in Afrika südlich der Sahara zu versorgen, die derzeit keinen Zugang zu Strom haben, ist

zusätzlich der Aufbau eines transafrikanischen Netzes notwendig. Neues Gutachten Am 22. März wird der WBGU sein neues Gutachten „Transformation zur klimaverträglichen Gesellschaft“ an die deutsche Bundesregierung übergeben. Es zeigt, wie die globale Transformation zur klimaverträglichen Gesellschaft gelingen kann. Der WBGU Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) wurde 1992 im Vorfeld der Rio-Konferenz von der Bundesregierung als unabhängiges wissenschaftliches Beratergremium eingerichtet. Seine Aufgaben sind, globale Umwelt- und Entwicklungsprobleme zu analysieren, nationale und internationale Forschung auf dem Gebiet des Globalen Wandels auszuwerten, im Sinne von Frühwarnung auf neue

**Problemfelder hinzuweisen,
Forschungsdefizite aufzuzeigen,
Impulse für die Wissenschaft zu
geben sowie Handlungs- und
Forschungsempfehlungen zu
erarbeiten. Vorsitzender des WBGU
ist Hans Joachim Schellnhuber.
Rückfragen bitte an: WBGU-
Geschäftsstelle: 030-263948-0
oder wbgu@wbgu.de.**

**Als
willige Vollstreckerin
hilft mal mal wieder die
evangelische Kirche,**

**die mit der Ev. Akademie Tutzing zu
einem -von (zum großen
Teil steuerfinanzierten) [Umweltorganis
ationen viel beworbenen](#) Seminar über
die "Große Transformation" einlädt
(Akademie-Direktor [Dr. Friedemann
Greiner](#) E-Mail:**

tutzing.de ; Veranstaltungsleiter Dr. Martin Held E-Mail: held@ev-akademie-tutzing.de): Eine Aufforderung von EIKE diese offensichtliche Indoktrination zu unterlassen, oder wenigstens die Teilnehmer auch von dritter Seite neutral informieren zu lassen, lehnte Veranstaltungsleiter Dr. Held in einem Telefonat mit EIKE (am 21.2.11) brüsk ab. Geworben wird für diese Veranstaltung:

**Grosse
Transformation
zu einer
klimaverträglich**

en Gesellschaft:

Die

Herausforde

rung

für die

Umsetzung meistern

Die
Transformation
zur
klimaverträglich
en Gesellschaft
ist
dringend notwendig,
denn ein

ungebremster Klimawandel würde gefährliche, irreversible und kaum beherrschbare Risiken mit sich bringen. Um den globalen Temperaturanstieg auf 2°C gegenüber dem

**vorindustriellen
Niveau zu
begrenzen, muss
das auf fossiler
Energienutzung
basierende Wirts
chaftssystem bis
Mitte des
Jahrhunderts
weitgehend auf
eine low-carbon
economy**

umgestellt sein.

**Das könnte auf
den ersten Blick
den Eindruck
erwecken, dass
dies noch in
weiter Zukunft
liegen würde.
Tatsächlich
müssen jedoch
dafür**

**die Weichen in
den nächsten
Jahren gestellt
werden, soll die
Herausforderung
gemeistert
werden. Das
zeigt das
aktuelle
Gutachten des
WBGU, das am 22.
März 2011**

erscheint.

**Auf der Tagung
wird diskutiert,
wie die
Umsetzung dieser
„großen Transfor-
mation“ (Karl
Polanyi) durch
Politik,
Wirtschaft und
Gesellschaft gel-
ingen kann und**

**wie man für die
Pioniere des
Wandels
Freiräume schaff
en und erweitern
kann.**

**Herzliche
Einladung nach
Tutzing zu einem
spannenden
Dialog
zum Zukunftsthema**

**a des 21.
Jahrhunderts.**

**Dr. Friedemann
Greiner,
Direktor
Evangelische
Akademie Tutzing**

**Prof. Dr. Hans
Joachim
Schellnhuber,
Vorsitzender**

**Wissenschaftlich
er**

**Beirat der
Bundesregierung
Globale**

**Umweltveränderun
gen**

(WBGU), Potsdam

Beschleunigung

**der
Transformation
zu
einer klimaver
träglichen
Gesellschaft:
Die nächsten
Schritte**

Podiumsdiskussion mit

**Ministerin Tanja
Gönner**

Bärbel Höhn MdB

Fred Jung

**Prof. Dr. Hans
Joachim
Schellnhuber**

**Das
Anmeldeformular
finden sie als
pdf im Anhang.
Oder hier [online](#)**

Related Files

- [grosse_transformation_9_k_1-pdf](#)